

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badischer Beobachter. 1863-1935 1909**

27 (4.2.1909) 2. Blatt







Die Fühlung mit der Landwirtschaft nicht verlieren will, auch Umlagen erheben.

Es entspann sich hierauf eine längere Geschäftsordnungs-Debatte, da Herr v. Stöckingen darauf hinwies, daß nach der Geschäftsordnung der Kammer deren geschäftsführender Direktor bei den Verhandlungen das Wort nicht ergreifen dürfe. Es wurde gegen eine starke Minorität der Beschluß gefaßt, dem Direktor Dr. Müller das Wort zu gestatten. Dr. Müller erwiderte in diesem Beschlusse den Ausdruck einer Minderung des Vertrauens, dessen er zur Führung seines Amtes bedürfe. Es wurde hierauf von Herrn v. Stöckingen erklärt, daß es sich hier in keiner Weise um ein Mißtrauensvotum handle, zu dem kein Anlaß gegeben sei, sondern lediglich um eine formelle Angelegenheit. Die Sache fand schließlich ihre Beilegung dadurch, daß die strittige Frage nach der Geschäftsordnungs-Kommission geregelt werden.

Zu der Fortsetzung der Beratung über die Einführung einer Umlageerhebung für die Landwirtschaftskammer sprachen sich die Kammermitglieder Grimm, Seydewitz, Herr v. Stöckingen und Geh. Rat Salzer als Vorsitzender des Verbandes der landwirtschaftlichen Bezirksvereine gegen die Einführung einer Umlage im gegenwärtigen Zeitpunkt aus, während die Kammermitglieder Direktor Niehm, Abg. Geyperl namens des Distriktsvereins, Deponierat Steingärtner, Abg. Sänger zugleich namens des erkrankten Bürgermeisters Roth, und Inspektor Viehauer für die Einführung der Umlage eintraten.

Kam.-Mitgl. Geyperl führte aus: In dieser wichtigen Frage habe ich nicht unterlassen, mit dem Vorstand des Distriktsvereins zu verhandeln. Ich folge dem Beschluß des Hauptvorstandes, wenn ich für die Umlage eintrete. Für mich persönlich bemerke ich, daß ich noch immer auf demselben Standpunkt stehe, den ich in der zweiten Kammer eingenommen habe, daß nämlich die Kammer jetzt noch nicht den Zeitpunkt der Umlage auszumachen, und daß namentlich in der jetzigen Zeit eine neue Belastung der Landwirtschaft nicht erwünscht wäre, aus den Gründen, die mehrfach schon erörtert worden sind. Ich hätte gewünscht, daß die Landwirtschaftskammer in dieser wichtigen Frage einige geweniger wäre.

Inspektor Viehauer betonte in seinen Darlegungen, daß Geh. Rat Salzer für seinen Standpunkt die landwirtschaftlichen Bezirksvereine nicht geschlossen hinter sich habe. Ein großer Teil dieser Vereine sei für die Umlage. Nach weiteren kurzen Bemerkungen des Präsidenten, des Ministers Herr v. Bodman, sowie der Kam.-Mitgl. Herr v. Stöckingen, Herr v. Menningen und Schüler wurden in namentlicher Abstimmung der Antrag E. I. 5, welcher verlangt, daß vor Beratung des Voranschlags im Prinzip beschlossen wird, ob eine Umlage im Jahre 1909 erhoben werden soll, mit 24 gegen 16 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen.

Der Präsident stellte dieses Abstimmungsergebnis fest und bemerkte dazu: Ich beglückwünsche die Kammer, daß sie sich zu diesem Beschlusse durchgerungen hat.

Darnach wurde die Sitzung geschlossen. Nächste Sitzung: Heute nachmittags 4 Uhr.

## 2. Sitzung.

Präsident Prinz zu Löwenstein eröffnete um 4 1/2 Uhr die Sitzung. Als Vertreter der Großh. Regierung waren Geh. Rat Nebe und Regierungskommissare anwesend. Es wurde in die Beratung des Voranschlags für 1909 eingetreten. Der Voranschlag sah in dem Abschnitt Ausgaben u. a. vor 2000 Mark für die Veranstaltung von Versammlungen, um den Wünschen der Land- und Forstwirte entgegen zu kommen.

Kam.-Mitgl. Abg. Schüler war der Ansicht, daß eine solche Berichterstattung Aufgabe der Vertreter sei, wobei Kosten nicht in Betracht kämen.

Kam.-Mitgl. Direktor Niehm hielt eine Ausfüh-

ung der Landwirtschaft in Bezug auf die Tätigkeit der Kammer für wünschenswert.

Landwirtschaftsinspektor Viehauer regte an, die Regierung möge veranlassen, daß die Landwirtschaftslehre der Verhandlungen der Landwirtschaftskammer antworteten, um in der landwirtschaftlichen Bevölkerung aufklärend zu wirken.

Die Position wurde nach längerer Debatte gefaßt. Für die Preisnotierungseinnahmen waren 2100 Mark angefordert. Diese Summe fand debattelose Annahme.

Direktor Dr. Müller berichtete darnach über die Einstellung von 4000 Mark zur Einrichtung eines landwirtschaftlichen Arbeitsnachweises, wobei es sich um die Sammlung des Angebots landwirtschaftlicher Arbeiter und Dienstboten, wie um deren Zuführung zu den offenen Stellen handelt.

Kam.-Mitgl. Herr v. Stöckingen: An der Leutenotfrage dürfte die Kammer nicht stillschweigend vorübergehen. Mit dem Arbeitsnachweis werde wohl nicht viel erreicht werden. Die Anforderung von 4000 Mark sei nicht spezifiziert und deshalb könnten für den Versuch 1000 Mark genügen. Der Redner stellte den Antrag, die angeforderte Summe auf 1000 Mark herabzusetzen.

Es entspann sich eine längere Debatte über die Leutenot. Verschiedene Redner betonten dabei, daß, wenn auf diesem Gebiete eine Mäßigung geschaffen werden solle, man gründliche Maßregeln ergreifen müsse.

Die im Voranschlag angeforderte Summe wurde darauf mit Mehrheit angenommen. Es folgte die Beratung über die Position Errichtung einer Haftpflichtversicherungskasse. Hierfür wurden 3000 Mark angefordert. Hierzu lag ein Antrag Grimm-Rüschlein vor, dahingehend, daß die Haftpflichtversicherung durch die land- und forstwirtschaftliche Unfallversicherung übernommen werde.

Kam.-Mitgl. Grimm begründete kurz den Antrag, der dem Vorstand überwiegen wurde.

Die Position selbst fand Annahme. Für die Prämierung von landwirtschaftlichen Dienstboten und Arbeitern wurden 2000 M. angefordert.

Inspektor Viehauer begründete diese Position. Sie soll dazu dienen, landwirtschaftliche Dienstboten, die längere Zeit bei einer Dienstbotin sind, auszuzeichnen. Auch sollte man diesen Dienstboten Medaillen geben, die sie öffentlich tragen. Redner beantragte, die Position auf 3000 M. zu erhöhen.

Kam.-Mitgl. Worgenthaler sprach sich gegen diesen Antrag wie auch gegen die Position aus. Der Staat sollte die Belohnung von Dienstboten in die Hand nehmen und sie allgemein für alle Dienstboten durchzuführen.

Geh. Rat Nebe bemerkte, daß er auf diese Frage der Prämierung von Dienstboten nicht eingehen wolle, sondern nur zu bemerken habe, daß darüber, wer Medaillen zum öffentlichen Tragen erhalten solle, der Landesherr bestimme.

Von dem Kam.-Mitgl. Gauer war der Antrag eingebracht worden, die Position, die von weitestlicher Bedeutung für die Landwirtschaft sei, auf 4000 M. zu erhöhen.

Dieser Antrag wurde nach kurzer Debatte angenommen und hierauf die Sitzung geschlossen. Nächste Sitzung: Donnerstag 9 Uhr.

## Deutschland.

Berlin, 3. Februar 1909

Ein Sozialdemokrat über Agrarzölle. Handelspolitische Reaktionen begeht einmal wieder der bekannte sozialdemokratische Schriftsteller Max Schippel, insofern er in der neuesten Nummer (1) der „Sozialistischen Monatshefte“ in einer Betrachtung über die handelspolitischen Entscheidungen in Amerika Anzeichen entwickelt, die den landläufigen sozialdemokratischen Lehren über den Freihandel direkt entgegengeleitet sind. Er wendet sich nämlich gegen die in der Sozialdemokratie genährte Ansicht, als ob an der heftigen internationalen Schme-

aus Baumstämmen fabriziert, die in großen Blöcken geliefert werden.

Im Jahre 1896 wurde auch Buffalo, welches 22 englische Meilen von Niagara-Falls entfernt liegt, an die Kraftstation angeschlossen, und seitdem haben sich die industriellen Werke in beiden Städten noch ungeheurer vermehrt. So hat sich z. B. Niagara-Falls in den letzten Jahren zum bedeutendsten elektrotechnischen Industriezentrum der Welt entwickelt. Balle 35 000 Pferdekräfte werden zu etwa 20 verschiedenen Projekten verbraucht, und noch ist alles im Wachsen begriffen. Aus dem im Jahre 1892 vollendeten Aluminiumwerk der Pittsburg Reduction Company hat sich eine ganze Reihe großartiger elektrotechnischer Establishments entwickelt.

Es ist bezeichnend, daß die Aluminiumgewinnung dort nicht nur die erste der entstandenen chemischen Industrien ist, sondern daß auch eine ganze Reihe anderer Industrien dieser Art entstehen verdanken. Nebenher versucht die Aluminiumgewinnung im elektrischen Ofen, als er den Carbon und entdeckte, woraus sich dann später die Graphit-Industrie von Niagara-Falls entwickelte. Galtner fabrizierte zwei Jahre lang Aluminium nach seinem Verfahren, bis an Stelle desselben das elektrische trat. Er wandte sich dann der Natriumgewinnung zu, der die Natriumindustrie ihr Entstehen verdankt. Wilson versuchte die Herstellung von Calcium, um dieses bei der Aluminium-Reduktion zu verwenden, als er das Calciumcarbid entdeckte, worauf die Entdeckung anderer Carbide und Cyanverbindungen folgte. So sind wenigstens acht verschiedene Prozesse mit der Entwicklung der Aluminiumfabrikation am Niagara verknüpft.

Die blinde Naturkraft ist mit Hilfe der ungeheuren amerikanischen Kapitalien in den Dienst der modernen Technik getreten. Die Ausnutzung der Niagara-Fälle zur Erzeugung elektrischer Energie bildet den ersten bedeutungsvollen Schritt auf dem Wege „nutzlos“ wirkende Kräfte in den Dienst der Kulturmenschen zu stellen.

Ganz so nutzlos, wie uns die Ingenieure glauben machen wollen, waren übrigens die Katastrophe vor Beginn der industriellen Epoche keineswegs. Sie haben in Millionen Herzen die Liebe zur gültigen Mutter Natur — die noch immer die beste aller Mütter ist — entflammt. Und das ist doch schließlich auch etwas.

zollpolitik in erster Linie Deutschland mit seinem Uebergang zu derselben im Jahre 1879 schuld sei und schreibt darüber:

Man hat mehr und mehr eintreten gelernt, daß die ewig unzulängliche Wirtschaftsentwicklung seit dem geschichtlich tief einschneidenden Ende der sechziger Jahre den Herdbruch und die Ausbreitung einer das ganze kontinentale Europa erschütternden Agrarkrise brachte, und daß wiederum diese Krise, unvergleichlich schwerer und länger anhaltend als jede andere noch zu verheerende Wirtschaftskrise, durch den vollständigen Preiszusammenbruch der bisher maßgebendsten agrarischen Erzeugnisse, vor allem des Getreides, gekennzeichnet war. Entsprechend dieser Hebung des geistigen Parteibewußtseins verschwindet selbstverständlich die überkommene Meinung; nur aus der um sich greifenden Entmannung eines schwächlichen deutschen Bürgertums seien die kontinental-europäischen Agrarzölle erzeugt worden, seien, mit anderen Worten, die Versuche zu erklären, die stürzenden Preise wieder emporzuschieben, in Deutschland, in Frankreich, in Italien, in Spanien und Portugal, zuletzt in der Schweiz, in Oesterreich-Ungarn. . . . Selbst unter unverbesserlichen Oelmarkeisen paßt hier noch und nach die Zeit mangeltel zurechtende materialistische Geschichtsauffassung ein an Stelle der im Ernstfall und auf die Dauer stets vergeblichen Genügsamkeit. Der unaufrichtige Aufsteig der deutschen Arbeiterklasse vollzieht sich eben nicht nur in immer höherer wirtschaftlicher Lebenshaltung sondern daneben in erster Linie in der ununterbrochenen Abstreifung rückständiger und irriger politischer Anschauungen.

Ganz so wie hier Schippel es darstellt, liegen die Dinge bei uns nun doch nicht. Doch auch in der Sozialdemokratie manche Arbeiterkreise bezüglich des alleinigen machenden Charakters des Freihandels ohne Zweifel bekommen haben, kann schon zutreffen. Das Gros derselben dürfte jedoch weiter beim Parte der Freihandelspropheten schwören unter dem Einfluß der sozialdemokratischen Parteipresse, von der der blinde Kampf gegen den Schutz Zoll als ein Agitationsmittel gewertet wird, das ihr bei ihrer „Aufklärungsarbeit“ treffliche Dienste leistet. In dieser Beziehung ist die sozialdemokratische Presse heute noch genau so „rückständig“ wie zuvor! Man lese nur einmal, was der „Volkstempel“ fortwährend seinen Lesern vorsetzt und wie schon seine unmilligen Korrespondenten aus Stadt und Land ihr eingelerntes Sprichwort vom Zollwucher und Zentrum gedankenlos herbeizeln gelernt haben.

## Ausland.

Belgien.

ca. Klöster und tote Hand. Von Zeit zu Zeit bringen ataktholische Mütter Statistiken über das Anwachsen der Klöster und des Wertes der toten Hand in Belgien. So kürzlich wieder die „Frankfurter Zeitung“ (21. Januar, 2. Morgenblatt) und nach ihr andere Blätter, z. B. die „Abeinische Zeitung“. Das Annuaire statistique de la Belgique (Tome XXXVII, 1906), Bruxelles 1907, gibt an auf Seite 216: Zahl der Klöster 1846: 779, 1900: 2474; Zahl der Ordensleute (Priester, Brüder, Nonnen, Novizen usw.) 1846: 11 968, 1900: 37 905. Hierzu bemerkt das Annuaire statistique: Bei der Zählung vom 31. Dezember 1900 wurden im Gegensatz zu den früheren Zählungen auch die Ordensfilialen und diejenigen Stellen als Ordensniederlassungen — also im Sinne der ataktholischen Presse als „Klöster“ — mitgerechnet, wo auch nur ein einzelner Ordensmann verweilt. Wie hoch heute, nach dem französischen Trennungsgesetz, die Zahl der Klöster Belgiens und ihrer Anwesen ist, konnten wir mit einiger Sicherheit nicht feststellen. Die „Frankf. Zeitung“ gibt das Vermögen der Klöster in Belgien auf rund drei Milliarden an, wovon rund eine Milliarde an Immobilien, Möbeln, Kunstgegenstände usw. Der französische Kultusminister berechnete 1905 das immobile Vermögen der französischen Klöster bekanntlich auch auf eine Milliarde und er hat sich arg verrechnet. Im kleinen Belgien, das noch viel weniger Klöster hat als Frankreich vor vier Jahren, soll nun der Reichtum der Klöster an Immobilien ebenso groß sein wie in Frankreich! Die belgischen Klöster sollen rund zwei Milliarden an Wertpapieren usw. besitzen. Diese Berechnung antilocaler Mütter Brüssels, denen die Orden ihre Kontobücher gemäß vorgelegt haben, ist wohl das lächerlichste auf dem Gebiete kirchenfeindlicher Entstellungen. Die jüdische Familie Rothschild hat bekanntlich allein so viel, als man hier den Klöstern mit ihren tausenden von Anwesen aufnutzen will.

## Soziales.

Düsseldorf, 31. Jan. Verband katholischer Handlungsreisenden Deutschlands, Sitz Düsseldorf. Der unter diesem Namen hienoch vor kurzem gegründete Verband bewegt durch den Zusammenschluß der katholischen Handlungsreisenden Deutschlands die wirtschaftliche Verbesserung der sozialen Verhältnisse im Handlungsreisendenstande. Er ist bestrbt, das Zusammengehörigkeitsgefühl in der katholischen kaufmännischen Jugend zu befestigen und betrachtet es als eine seiner vornehmsten Aufgaben, die Ehre und das Ansehen des gesamten christlichen Kaufmannstandes durch Förderung aller Landesinteressen zu kräftigen. Der Verband beschäftigt seine Organisation über ganz Deutschland auszuweihen. — Ausflugsführer in Düsseldorf, Herberstr. 75.

## Arbeiterzeitung.

Die Wertpapierspekulation in der Großindustrie haben in letzter Zeit vielfach die Öffentlichkeit beschäftigt. Von den Werken, die solche Kassen eingeführt haben, werden sie als „Wohlfahrtskassen“ bezeichnet, während die Arbeiter von dieser „Wohlfahrt“ sehr wenig erbaud sind. Vor allem ist es der mit der Anknüpfung des Arbeitsverhältnisses — ob freiwillig oder unfreiwillig — verbundene Verlust aller bisher erworbenen Rechte, der die Arbeiter so schwer benachteiligt und erbittert. Eine Reihe von Prozessen, so in Essen, Dortmund, Neve, Saarbrücken, Göttingen u. a., sind schon von Arbeitern in dieser Sache gegen die Pensionskassen geführt worden. Im Rheinland haben die Landgerichte die Klagen entlassener Arbeiter auf Rückzahlung der geleisteten Beiträge abgewiesen, während das Landgericht in Göttingen die betr. Firma zur Rückzahlung der geleisteten Beiträge verurteilt hat. Die bestehenden gesetzlichen Vorschriften reichen anscheinend nicht aus, um die Benachteiligung der Arbeiter durch diese „Wohlfahrtskassen“ zu verhindern. Der Ruf nach gesetzlichen Maßnahmen in dieser Frage erschallt deshalb aus Arbeiterkreisen immer lauter und nachdrücklicher. Jetzt hat der christliche Metallarbeiterverband Deutschlands (Sitz Duisburg), der auch schon die bekannten

Prozesse am Landgericht in Essen und Neve für seine Mitglieder durchgeföhrt hat, ebenso auch schon auf seiner vorjährigen Generalversammlung in München für die Frage Stellung nahm und ein gesetzliches Einwirken forderte, eine Petition betr. Wertpapierspekulation an den Reichstag und Bundesrat gerichtet, welcher das auf der Münchener Generalversammlung erhaltene Referat, sowie eine ausführliche Begründung beigegeben ist. Am Schluß der Petition heißt es:

Will man den in Arbeiterkreisen wegen der Wertpapierspekulation entstandenen Mißmut beseitigen und ihren begründeten Ansprüchen gerecht werden, so müssen, wie schon betont, gesetzliche Unterlagen geschaffen werden. Hierbei ist darauf zu sehen, daß

1. gegenüber der Vertragsleistung dem Arbeiter eine entsprechende Gegenleistung geboten wird;
2. die Ansprüche der Arbeiter auf Pension völlig sichergestellt werden, daß beim Uebertritt des Arbeiters aus dem einen in den andern Betrieb die Anrechnung der früher geleisteten Beiträge bei der Kasse des neuen Arbeitgebers erfolgt, oder die bereits erworbenen Pensionsbeiträge an die Kasse gewährt, oder aber die geleisteten Beiträge zurück zu erstatten sind;
3. die Beteiligung der Versicherten an der Verwaltung vorgehoben wird;
4. die Arbeiterpensionskassen dem Aufsichtsrat für Privatversicherung unterstellt werden.

Hoffentlich wird die Petition des christlichen Metallarbeiterverbandes an den maßgebenden Stellen die verdiente Würdigung finden.

## Ernennungen, Versetzungen, Zurufe.

(Geschäftsstellen II bis K.)

Aus dem Bereiche des Großh. Ministeriums des Innern, des Kultus und Unterrichts. Ernannt: Amtsgerichtsdirektor Konrad W. H. D. in Ethenheim zum Aufseher beim Amtsgefängnis II in Karlsruhe und Aufseher Ludwig Hau beim Amtsgefängnis II in Karlsruhe zum Amtsgerichtsdirektor in Ethenheim.

Bugawiesen: die Aktuare Heinrich Altman beim Amtsgericht Mannheim dem Landgericht daselbst und Adolf Koch beim Landgericht Mannheim dem Amtsgericht daselbst. Zu den Ruhestand versetzt: Amtsgerichtsdirektor Valentin Dege in Neßl auf Ansuchen unter Anerkennung seiner langjährigen treuen Dienstleistung.

Katholischer Oberstiftungsrat.

Bericht: die Finanzassistenten Franz Geiger beim Großh. Finanzamt Siedach und Alfred Schiffsauer beim Großh. Hauptsteueramt Freiburg zur Revision des Katol. Oberstiftungsrats.

Aus dem Bereiche des Großh. Ministeriums des Innern.

Ernannt: der harr. Polizeikommissar Ewald Trautmann in Karlsruhe zum etatmäßigen Polizeikommissar. Versetzt: Schutzmann Karl Friedrich in Freiburg nach Mannheim.

Zurufbefehl: Rangklassifikant Theodor Ebi bei Großh. Verwaltungshof, unter Anerkennung seiner langjährigen treugeleisteten Dienste, Schutzmann J. Hofmann in Freiburg, Schutzmann Rudw. Barneck in Heidelberg. Entlassen: Schutzmann Friedr. Häusel in Freiburg.

Großh. Verwaltungshof.

Die Beamteneigenschaft verlieren an: Johann Geleert, Beamter bei der Heil- und Pflegeanstalt bei Wiesloch, Wilhelm Anton, Friedrich Schmidt und Karl Solli, sämtliche Wärter bei der Heil- und Pflegeanstalt bei Wiesloch.

Etatmäßig angestellt: Rufe Baumann, Wärterin bei der Heil- und Pflegeanstalt bei Emmendingen.

Aus dem Bereiche des Großh. Ministeriums der Finanzen.

Ernannt: Gendarm Andreas Weg in Rudaun, zum Steuerassistenten in Freiburg. Uebertragen: dem Finanzassistenten Franz Joller, zurzeit Assistent bei Großh. Finanzamt Rastatt, eine Rangklassifikationsstelle bei Großh. Finanzamt Billingen, dem Rangklassifikanten Heinrich Schmidt bei Großh. Finanzamt Billingen eine Bureauangestelltenstelle bei dem Großh. Steueramt für den Bezirk Neßl, dem Bureauangestellten Julius Schmitt, zurzeit bei der Steuererhebung im Siedach, eine Bureauangestelltenstelle bei der Steuererhebung im Siedach, dem Gendarmen A. D. Josef Riedel in Dörsheim, dem Steuererhebungsdienst Oslabach, Amt Offenburg, dem Schutzmann A. D. Wilhelm Wilmann in Freiburg, dem Steuererhebungsdienst Walsch, Amts Wiesloch.

Auf Ansuchen des Dienstes entlassen: Unterrechner Ludwig Herberich in Neßl, Amt Freiburg, Unterrechner Adolf W. Schrie in Siedach, Amt Hebringen. Aus dem Staatsdienst entlassen zwecks Uebertritt in den Revolutionsdienst beim Katol. Oberstiftungsrat: Finanzassistent Franz Geiger, Verrechnungsbüro beim Finanzamt Siedach.

Verlassen: Steuerernehmer Leopold Hügle in Schwelzingen, Unterrechner Sebastian Engelhard in Siedach, Amts Siedach, Unterrechner Philipp Klem in Siedach.

Postverwaltung.

Bericht: Finanzassistent Karl Götz in Siedach nach Rastatt, Rangklassifikant Alois Keller beim Hauptpostamt Mannheim nach Siedach u. Postenführer Gotthard Leisch in Grimmlshausen nach Siedach.

Etatmäßig angestellt: die Grenzassistenten Friedrich Otto in Neßl, Ewald Diefische in Neßl und Leopold Waller in Siedach.

Aus dem Bereiche des Schulwesens.

1. Befördert bzw. ernannt: Joseph Engelhard, Schulverwalter in Ottersweier, wird Hauptlehrer in Oberried, A. Reuß, Sophie Händel, Unterlehrerin in Offenburg, wird Hauptlehrerin daselbst, Ottilie Kammerer, Unterlehrerin an d. h. Mädchenh. Siedach, wird Hauptlehrerin daselbst, Joseph Keller, Unterlehrer in Siedach, wird Hauptlehrer in Siedach, A. Feilbach, Stephan Kreuz, Schulverwalter in Heilbrunn, Amt Emmendingen, wird Hauptlehrer daselbst, Georg Rauter, Unterlehrer in Heidelberg, wird Hauptlehrer daselbst, Emilie Müller, Unterlehrerin in Siedach, wird Hauptlehrerin in Neubeier, A. Wühl, Julius Seifert, Schulverwalter in Rammelsbach, A. Wühl, wird Hauptlehrer daselbst, Paula Vogelmann, Unterlehrerin in Heidelberg, wird Hauptlehrerin daselbst.

2. Befördert:

a. Hauptlehrer: Engelbert Bäuerle von Göttingen nach Neubeier, A. Wühl, Julius Bauer von Siedach nach Heilbrunn, A. Offenburg, Emil Gönner von Heilbrunn nach Weier, A. Offenburg, Linus Knühl von Heilbrunn nach







